

Seminarveranstaltung im Wintersemester 2018/19

Aktuelle Fragen des Polizeirechts

Im kommenden Wintersemester werde ich ein Seminar zum Thema „**Aktuelle Fragen des Polizeirechts**“ anbieten. Die Seminarveranstaltung befasst sich vor allem mit den geplanten Neuregelungen im Polizeigesetz des Landes NRW (im Internet abrufbar unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2351.pdf>). Das Seminar wird als Blockseminar abgehalten. Ort und Zeit der Veranstaltungen werden gesondert bekanntgegeben. Eine **zeitnahe Voranmeldung** (E-Mail: ls.dietlein@hhu.de) unter Angabe von Namen, Anschrift, E-Mail, Rufnummern und Matrikelnummer sowie des zu übernehmenden Themas (gerne auch mit Nennung mehrerer Themen) wird erbeten. **Das Thema wird durch Rückbestätigung zugewiesen.** Der Termin für die Vorbesprechung wird demnächst im Studierendenportal bekanntgeben.

Folgende Themen stehen zur Auswahl:

1. Zum Streit um die Erweiterung des PolG NRW um den Begriff der „drohenden Gefahr“ und der „drohenden terroristischen Gefahr“
2. Auslegung und Anwendung des Begriffs der drohende Gefahr im bayrischen Polizeirecht (Art. 11 Abs. 3 BayPAG)
3. Rechtliche Probleme der Gefährderansprache
4. Die Gefährderansprache im versammlungsrechtlichen Kontext
5. Der neue § 12a Entw.-PolG NRW – Sicht- und Anhaltekontrollen im öffentlichen Verkehrsraum – Verfassungskonformität und Anwendungsfragen
5. Reform des § 15a PolG – Rechtsprobleme der Videobeobachtung auf öffentlichen Plätzen
6. § 20c Entw.-PolG NRW: die Quellen-TKÜ im Kontext der datenschutzrechtlichen Rechtsprechung des BVerfG
7. Das neue Aufenthalts- und Kontaktverbot des § 34b Entw.-PolG NRW - Verfassungskonformität und Anwendungsfragen
8. Die Elektronische Fußfessel nach § 34c Entw.-PolG NRW - Verfassungskonformität und Anwendungsfragen
9. Verfassungskonformität des neuen § 34d Entw.-PolG NRW
10. Rechtsfragen des geplanten Präventivgewahrsams in den Fällen der drohenden und drohenden terroristischen Gefahr und seine Vereinbarkeit
11. Rechtsfragen der polizeilichen Übermittlung von persönlichen Daten an Private
12. Der Streit um die Rechtsnachfolge in die polizeiliche Verantwortlichkeit
13. Die Entschädigung des Anscheinsstörers und des Unbeteiligten
14. Möglichkeiten und Grenzen des Haftungsregresses nach § 42 Abs. 2 OBG / 67 PolG

Bei weiteren Fragen zu dem angebotenen Seminar wenden Sie sich bitte an Herrn wiss. Mit. J. Fabi (Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre; Email: Fabi.Johannes@uni-duesseldorf.de).